

VORWORT

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, AKS, SPÖ & ÖGB
NR.33 1992 Preis 7,- Solidaritätspreis 10,-

STOPPT

Schwarz - Blau

Die Wahl des ÖVPLers Franz Fiedler zum Rechnungshofpräsidenten zeigt, in welche Richtung der politische Wind nach Klestil's Wahlsieg weht: Schwarz-Blau ist angesagt. Vranitzky sieht zwar (im letzten SPÖ-Magazin) keinerlei Veränderung in der politischen Landschaft Österreichs, doch wir werden die Folgen dieser krassen Fehleinschätzung nach der historischen Niederlage der SPÖ bei der Bundespräsidenten-Wahl zu spüren bekommen. Die Bürgerlichen sind jetzt ermutigt wie selten zuvor; für sie zeigt sich immer deutlicher, daß die Koalition mit der SPÖ immer weniger notwendig wird, um Sozialabbau, Privatisierungen,... durchzuführen. Die SPÖ-Führung wiederum zieht aus jeder Niederlage (und die gab es seit 10 Jahren mit Ausnahme der burgenländischen Landtagswahlen bei jedem Urnengang) den Schluß, daß man noch

immer zu wenig weit an die ÖVP-Politik angepaßt ist und bekommt die Rechnung dafür in sinkenden Aktivistenzahlen präsentiert. Ohne sozialistischen Kurswechsel, d.h. klare Distanzierung von den bürgerlichen Konzepten und Kampf gegen VP und FP-Konzepte, ist der Weg ins schwarz-blaue Abseits schon in wenigen Monaten möglich.

Sozialistische Politik JETZT!

Die SPÖ bleibt im Moment trotzdem die einzige Kraft die in der Lage wäre, gegen das blau-schwarze Horrorszenarium etwas zu unternehmen. Doch dazu wäre ein grundlegender Kurswechsel notwendig:

* Klare Distanzierung von allen Sozialabbau- und Privatisierungsmaßnahmen

* Privilegienabbau durch Arbeiterlohn für Funktionäre

Die SPÖ müßte in die Offensive gehen und Widerstand organisieren gegen die rechten Angriffe.

* Wohnungen durch Enteignung der Spekulanten

* Arbeitsplätze durch Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle

* Ausbildungs offensive und Mindestlohn

Das ist das Rezept, mit dem wir den blau-schwarzen Block stoppen könnten!

John Evers
Bezirksvorsitzender der SJ 5
aus der SJ ausgeschlossen

INHALT:

Kampffond.....	2
Wohnen im Eigentum?.....	3
Bundespräsidentenwahl.....	4
L.A.....	5
Osteuropa.....	6
Verstaatlichte.....	7
HGPD.....	9
Puch in der Krise.....	9
Deutschland-ÖTV.....	10
Jugoslawien.....	11
EG und Umwelt.....	12
Arbeitswelt.....	13
SJ 3.....	13
Verbandstag der SJ-Ö.....	14
SJ-Vorarlberg.....	15
SJ-Salzburg.....	15
SJ-23.....	15
24.10.Demo.....	16

SONDERTEIL

Verstaatlichte Industrie
und Arbeitswelt

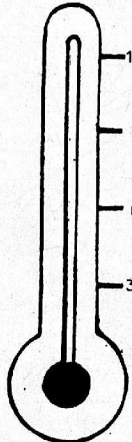
Spendenkonto
PSK 8812.733

DAFÜR KÄMPFT VORWÄRTS:

- * Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- * 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- * Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen
- * 30m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- * Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik
- * Für eine SPÖ-Allianzregierung mit sozialistischem Programm!
- * Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- * Ein sozialistisches Österreich als Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffond

"Hinterziehung, Betrug und Bereicherung" - wurde uns während der antimarkistischen Hetzkampagne von Seiten derer in der SJ vorgeworfen, die selbst ein Millionenbudget für das politische Nichtstun verpras-



120.000,- 8S
90.000,- 8S
60.000,- 8S
30.000,- 8S

sen. Nun, wir verfügen nicht über die Millionen, die uns von der Parteiführung für den politischen Gehorsam Jahr für Jahr hineingeschoben werden. Für uns hat Geld mit realer politischer Arbeit zu tun. Jeder Schilling für VORWÄRTS ist Ergebnis politischer Aktionen, Informationistische, von Zeitungsverkauf...

Und VORWÄRTS ist dabei überaus erfolgreich. Wir expandieren, werden größer und stärker. Unser Redaktionsbüro, erhöhte Auflage, österreichweiter Verkauf durch zahlreiche Mitarbeiter und Unterstützer sind ein Ausdruck dafür. Da wir weder einen Schilling unterschlagen, hinterzogen... haben, bedeutet das auch, daß wir noch stärker als bisher auf Eure Unterstützung angewiesen sind:

120.000,-

ist unser Ziel für die zweite Jahreshälfte 1992. Nur durch regelmäßigen Verkauf, ständigen Appell an alle, die uns während der Hetzkampagne unterstützten, werden wir es erreichen.

VORWÄRTS ist eine Zeitschrift, die keine großen Geldgeber hat und keinen Groschen Presseförderung oder Subventionen bekommt. Unsere einzige Quelle sind unsere Leser/innen! Es liegen große Vorhaben vor uns. Für uns ist Geld ein Mittel, um die sozialistischen Ideen zu verbreiten und eine wirkliche Arbeiterzeitung aufzubauen!

SPENDET FÜR VORWÄRTS -
JEDER SCHILLING IST ES WERT!

Die Redaktion (Juli 1992)

VORWÄRTS-Unterstützer sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst, andere mit einem "Bezirksbetreuer" versehen. Aber alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

WIR TREFFEN UNS:

SJ 3
Gruppe Commune:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 3, Zentrum Erdberg
Lechnerstraße 2-4

SJ 5 - aufgelöst
Gruppe Red Bull: jeden Freitag

18 Uhr 30 Cafe Yo!
Wien 6, Millergasse 32

Gruppe Funke:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 5, Jugendzentrum
Grünwaldgasse 4

SJ 6
Linke Aktionsgruppe:
und
Gruppe Spartakus:
jeden Mittwoch 19 Uhr
beide Gruppen: (Treffpunkt)
Wien 6, Wallgasse 4

SJ 20 - aufgelöst
Gruppe SAJ: jeden Mittwoch
19 Uhr Wien 20, Engelsplatz
(Treffpunkt)

SJ 23
Gruppe Offensiv:
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 23, Holzhütte
Ecke Sobotag./ Purkytgasse
(Treffpunkt)

SJ Salzburg
Gruppe Aufbruch:
jeden Freitag
19 Uhr im Pub Schnaitl

SJ Feldkirch - Vorarlberg
Gruppe Rote Aktion:
jeden 2. und 4. Samstag im Monat
17 Uhr im Cafe Bildstein

Wohnen im Eigentum - die (Schein)lösung

Klingt doch gut. Nicht als Mieter der Hausherrenwillkür und nicht dem Terror von Spekulanten ausgeliefert zu sein. Die konservative Propaganda spielt immer wieder die gleiche alte Leier.

3.500,- 8S monatliche Rückzahlung für die nächsten Jahrzehnte - trommelt die ÖVP - und schon sitzt eine Jungfamilie in einer Eigentumswohnung. Doch die Rechnung geht nicht auf. 3.500,- 8S (oder ein viel höherer Betrag) nur Rückzahlung, das heißt Schulden ohne Ende. Dazu kommen noch die meist hohen Betriebskosten für einigermaßen großen Wohnungen, dann ist die finanzielle Katastrophe vorprogrammiert. Wenn dann die Rückzahlung beendet ist und man noch immer in der Wohnung ist, dann sind die größeren Reparaturen fällig - und wer kann zahlen - natürlich die Eigentümer. Was bedeutet es für Lohnabhängige als Eigentümer an eine Wohnung bzw. an ein Einfamilienhaus gebunden zu sein? Solange die Konjunktur gut ist, sind die Nachteile gegenüber einer Mietwohnung nicht so klar erkennbar. Aber die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt. Dann hat man die Eigentumswohnung oder vielleicht gar das Eigenheim in einer Gegend, wo das Wolfsgesetz des Kapitalismus gerade zuschlägt und die ersten Kündigungen zu erwarten sind. Dann nimmt die Arbeitshetze zu - umso stärker, je mehr die Arbeiter an ihren Wohnort gebunden sind. Das heißt, am schlimmsten trifft's die Eigentümer. Wenn dann doch die ersten Kündigungen ausgesprochen sind, na dann Gute Nacht! Der Wert der Eigentumswohnung oder des Eigenheimes ist in den Keller gefallen und dann hat man die Wahl: jeden Tag stundenlang zum Arbeitsplatz pendeln - wenn man überhaupt einen findet - oder umziehen. Das Einfamilienhaus oder die Eigentumswohnung sind weit unter ihrem Wert, die Schulden aber bleiben. Zehntausende Hauslauer vor allem aus dem Burgenland und der Steier-

mark können ein Lied davon singen. Nicht anders war es in den USA. Zuerst mußten sich die amerikanischen Arbeiter immer miesere Arbeitsbedingungen gefallen lassen und durch die Hochzinspolitik der Reagan-Administration konnten die Eigenheimbesitzer überhaupt nicht mehr die Hypothekenzinsen zurückbezahlen - die Folge war fortschreitende Verarmung. Die Regierung in Großbritannien brüstet sich, daß die Zahl der Eigenheimbesitzer während der Thatcher-Regierungszeit so stark angestiegen ist. Doch hohe Steuern für die Arbeiter, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Zinsen treiben immer mehr in die Armut. Immer Banken übernehmen die Eigenheime und der Schuldenberg der britischen Familien wächst weiter. Doch die wirklichen Hausbesitzer bereichern sich weiter an hohen Mieten und die Banken an hohen Zinsen.

Doch zurück zu Österreich. Wenn die Bürgerlichen so scheinheilig auf die Stasi zeigen - den Geheimdienst der DDR, dann scheinen sie die Methoden mancher Hausverwaltungen zu übersehen, die mit Bespitzelung und Einschüchterungen - von den Methoden her wieder nicht anders, als es uns von den Mietshäusern leidlich bekannt ist - versuchen, die Eigentümergemeinschaft mit Hilfe verbündeter

Wohnungseigentümer zu spalten, bis schließlich mehr und mehr Eigentümer bereit sind, ihre Wohnungen zu verkaufen. Die Verkaufsbedingungen werden dann von sogenannten Kapitalverwertungsgesellschaften diktiert. So viel zu dem Märchen, daß Wohnungseigentümer angeblich von Spekulantenterror geschützt sind. Nun könnten irgendwelche kleinbürgerlichen Pseudohumanisten meinen: Gut, diese Probleme existieren, solange nicht alle Haushalte in Eigentumswohnungen und Eigenheimen untergebracht sind. Wenn nun aber alle Menschen... Diese naiven Geister kann man nur darüber aufklären, was die Folgen ihrer Sozialutopie in Wirklichkeit wären. An der kapitalistischen Ausbeutung nämlich würde sich gar nichts ändern. Das was sich die Arbeiter im Durchschnitt durch das Eigentum an ihren Wohnungen ersparen, würde ihnen im Durchschnitt beim Lohn fehlen. Gewiß wäre das ein Nachteil für die Hausbesitzer, aber nicht ein Nachteil zu Gunsten der Arbeiter, sondern zu Gunsten der anderen Kapitalisten.

Heinzi Weingartner SJ 6

T - Shirts



"Gegen Nazis"-T-Shirts
(rote Faust)

120,- (inkl. Porto) b. d. Redaktion
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"



Spendenkonto
PSK 8812.733

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien
Druck: A.Riegelnick
Piaristeng.19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Auch Dein Präsident?

Die Bundespräsidentenwahlen am 24. Mai 1992 brachten für den SPÖ-Kandidaten Streicher ein vernichtendes Ergebnis. Nur 43,15% der Wähler gaben ihm die Stimme. Der ÖVP-Kandidat Klestil konnte hingegen das beste Ergebnis für einen Bundespräsidenten in der 2. Republik erzielen. Er erhielt 56,85%. Nur Kirchschräger hatte bei seiner Wiederwahl mehr Stimmen bekommen - allerdings ohne Gegenkandidaten.

Klestil erhielt in allen 9 Bundesländern die Mehrheit, sogar in Wien kam er auf knapp über 50%. Die beiden anderen Kandidaten mußten sich bereits im ersten Wahlgang mit 16,4% bzw. 5,8% der Stimmen geschlagen geben (gegen Streicher 40,7% und Klestil 37,2%).

Was bedeutet dieser bürgerliche Wahlsieg für die Zukunft?

Zweifellos stärkt er die Klein-koalitionäre in der ÖVP enorm: Man wird das Verhältnis zur FPÖ neu überdenken müssen, meinte ÖVP-Justizsprecher Graff, die ÖVP-Bosse von Salzburg und Kärnten stimmten überein. Die ÖVP hat gesehen, daß es auch ohne die "Sozials" geht, daß rein bürgerliche Mehrheiten gemeinsam mit der FPÖ möglich sind. Doch selbst wenn es zu keinem baldigen Koalitionswechsel - z.B. bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst - kommen sollte, ist auf jeden Fall das Selbstbewußtsein der Bürgerlichen gestärkt, sie werden ihren Druck auf die SPÖ in Richtung Sozialabbau, Steuerreform und Privatisierung verstärken. Bereits am 10.6.92 präsentierte SPÖ-Verkehrsminister Klima ein neues Papier zur ÖBB-Reform, wo alles draußen ist, was der Koalitionspartner ÖVP bisher unannehmbar fand.

Und die SPÖ? Ein weiterer Rechtsruck scheint nach dieser katastrophalen Niederlage vorprogrammiert. Denn anstatt zu analysieren, warum die SPÖ reihenweise Wahlen verliert, warum es in Wien erstmals in der 2. Republik keine rote Mehrheit mehr gab, warum in Wien nur ca. 62% überhaupt wählen gegangen

sind, sucht die Parteispitze nach Entschuldigungen: Die Zeit der absoluten Mehrheiten sei vorbei, oder auch daß Streicher zu sehr Parteikandidat gewesen sei, oder auch, daß die so hochgelobte Parteiform noch nicht gegriffen hat. Die Parteibürokraten putzen sich aneinander ab...

Vollkommen klar, denn wenn sie die wahren Gründe aussprechen würden, müßten sie ihre eigene Unfähigkeit und ihre arbeiterfeindliche Politik auch begründen. Es ist zu billig, jetzt zu sagen: "Na ja, hat der Rudi halt die Wahl verloren, da kann man nichts machen." Denn in Wirklichkeit hat die SPÖ die Rechnung für ihre Politik präsentiert bekommen. Und die Rechnung hat viele Posten. Kündigungen in der Verstaatlichten, Sozialabbau im gesamten öffentlichen Dienst, ÖBB-Reform, EG-Politik, Steuerreform - um nur einige Beispiele zu nennen. Viele Arbeitnehmer hatten das Gefühl, von dieser SPÖ im Stich gelassen worden zu sein. Denken wir nur an die Skandale um die Privilegien der Politiker und Funktionäre.

Auch diesen habe ich nicht gewählt!



Denn auch wenn viele glauben, daß Klestil die bessere Persönlichkeit wäre, so ging es bei dieser Wahl nicht um Personen, es ging um Parteien. Es ging darum, ob das bürgerliche Lager oder die Sozial-

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL '92	
Streicher.....	43,15%
Klestil.....	56,85%

demokratie aus dieser Wahl gestärkt hervorgeht. Viele aus dem linken Lager meinten, Streicher sei für sie nicht wählbar; vollkommen verständlich - wenn man sich seine politischen Ansichten und seine Regierungspolitik ansieht. Doch die Frage ist, wählt man nur Streicher oder Klestil, oder wählt man nicht viel mehr zwischen 2 politischen Lagern? Und wenn sich dann die Frage ergibt, welches dieser 2 Lager gewinnen soll, so ist das ganz klar: das sozialdemokratische! Das ist der Grund, SPÖ und Streicher zu wählen, und nicht irgendeine Illusion in die Politik von Rudolf Streicher.

Jetzt nach dieser Wahlschlappe muß man klare Konsequenzen fordern. Der Parteivorstand wird sie von sich aus sicher nicht ziehen. Basisdruck ist nötig. Ein starker linker Flügel in der Partei ist der einzige Weg, den Rechtsruck und damit weitere Wahldebakel zu verhindern! Aber nicht nur das: Wer anders als eine wirklich sozialistische Partei kann für die Arbeiterschaft Verbesserungen erkämpfen. Doch weder wird diese vom Himmel fallen, noch sind die Grünen eine Alternative - der Weg führt nicht an der SPÖ vorbei. Kämpfen wir für eine sozialistische Politik - von dieser Führung können wir nichts mehr erwarten! Die neue Parteireform von Vranitzky bedeutet nichts anderes als die Zerschlagung von SPÖ-Strukturen, die de facto Auflösung der Sektionen, die Öffnung der Partei nach rechts, Pseudo-Demokratie usw. Die einzige Chance für einen starken sozialistischen Flügel ist das Engagement der linken Basis, der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Michael Bonvalot SJ 5 aufgelöst

L.A. in Aufruhr

Anfang Mai gab es in den USA die größten "Rassenunruhen" seit den 60er Jahren. Die Ursachen sind die gleichen geblieben - Armut, Unterdrückung und Hoffnungslosigkeit.

Am 29. April hatten zwölf Geschworene vier Polizisten freigesprochen, die einen schwarzen Jugendlichen bei einer Verhaftung brutal mißhandelten. Die Verhandlung fand in einem wohlhabenden weißen Bezirk Los Angeles statt.

Auswirkungen des Rassenurteils

Schon kurz nach dem Urteil gab es Massendemonstrationen, nicht nur in Los Angeles, sondern bald auch in den großen Städten des Ostens (z.B. in New York). Doch auch die anfangs friedlichen Demonstrationen wurden von der Polizei brutal niedergeknüppelt. Die Folgen davon waren sehr bald Aufstände in ganz L.A. und San Francisco.

Die einzige Antwort, die Bush darauf hatte, war die Entsendung von Truppen. 1.000 FBI-Agenten, 5.000 Polizisten, 6.000 Nationalgardisten, 3.000 reguläre Armeesoldaten und 1.500 Marines sollten bald neben Panzern und Schützenwagen die Straßen von L.A. beherrschen. Doch von Anfang an solidarisierten sich auch Weiße und Hispanics (spanischstämmige Bevölkerung, die in Los Angeles die Mehrheit bildet) mit den Demonstranten.

Bilanz

Die Bilanz der Unruhen: 58 Tote, 1.900 Verletzte, 5.200 Verhaftete, 5.000 kaputte Gebäude. Zwei Drittel der Toten waren Schwarze - viele unter ihnen von der Polizei erschossen. Doch schon vor den Unruhen hatte sich die Polizei einiges geleistet: Die Polizei von Los Angeles schoß zum Beispiel auf einen geistig behinderten Mann 9mal, während er verletzt auf dem Gehsteig lag. Polizisten patrol-

lierten in den schwarzen Vierteln amerikanischer Großstädte wie eine Besatzungsmacht: Sie hielten Menschen willkürlich auf und verhafteten Jugendliche "vorbeugend".

Rückblick

Die schwarze Minderheit, besonders schwarze Arbeiter, werden seit Bestehen der USA ausgebeutet und unterdrückt. Zuerst als Sklaven, später formell frei aber per Apartheidgesetz bis in die 60er Jahre ganz offiziell zu Menschen 2. Klasse gestempelt. Doch mit der Gleichstellung vor dem Gesetz war es noch nicht getan, denn im täglichen Leben ist die Gleichberechtigung noch lange nicht vollzogen. Als man gegen Ende der 60er Jahre Schulbusse forderte, in denen schwarze und weiße Kinder gemeinsam in die Schule fahren sollten, kam es zu Terroranschlägen weißer Rassisten auf diese Busse und in Folge dessen zu Protesten der schwarzen Bürgerrechtsbewegung.

Und heute?

Auch heute sieht die Situation der Schwarzen (aber auch der Bevölkerung in den USA insgesamt) nicht besser aus! Nur 1% der Amerikaner beziehen 37% des Volkseinkommens (1980: 31%)! Die Einkommens des ärmsten Bevölkerungsdrittels sanken in zehn Jahren um 5%! Die Kindersterblichkeit unter den Schwarzen ist mehr als doppelt so hoch wie bei den Weißen und höher als im Entwicklungsland Malaysia! Das liegt nicht zuletzt daran, daß 60% aller Schwarzen in den Ghettos der Innenstädte "wohnen". 44,8% der Schwarzen leben offiziell unter der Armutsgrenze (vermutlich sind es wesentlich mehr). Die Liste der Horrorzahlen läßt sich beliebig lang fortsetzen. Die "Aufschwungs"-80er Jahre bedeuteten für die Überwältigende Mehrzahl der Schwarzen Rückschritte auf allen Gebieten. Die berechtigte Wut und die



Massenproteste auf den Straßen "Polizeibrutalität ist Realität"

Perspektivenlosigkeit der schwarzen Jugend entlädt sich dann in sinnlosen Bandenkriegen, in denen man sich gegenseitig abschlachtet, anstatt gemeinsam gegen den wirklichen Feind (Bush und das System, das er repräsentiert) vorzugehen.

Die Ungleichheit zwischen Farbigen und Weißen in den USA nützt einer kleinen Gruppe von Menschen - den Unternehmern und Reichen. Farbige werden als Lohndrücker eingesetzt. Das heißt mehr Profit für die Bosse. Außerdem verhindert die Spaltung zwischen den Arbeitern den gemeinsamen Kampf. Die Gewerkschaften sind dadurch entscheidend geschwächt. In den USA gibt es bis heute keine Arbeiterpartei.

Die Kämpfe in L.A. zeigen die Machtlosigkeit der Herrschenden, selbst in einem solch absolut wirren und ziellosen Aufstand. Was in der USA fehlt ist eine Kraft, die Jugendliche und Arbeiter verschiedener Herkunft und Hautfarbe auf sozialistischer Grundlage organisiert. Weder Bush, Clinton noch Perot werden auch nur eines der Probleme lösen können. Sie sind die Politiker der Kapitalisten. Die USA braucht eine Arbeiterpartei, die den Unmut und den Haß auf die Auswirkungen des Kapitalismus in Widerstand gegen den Kapitalismus verwandelt.

Michael Hotvagner SJ 23

Im Osten nichts Neues

Die Umwälzungen in Osteuropa liegen nun schon über 2 Jahre zurück. Das heißt, es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Was haben die marktwirtschaftlichen Reformen gebracht?

Osteuropa befindet sich in der schwersten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933. Während überall das Bruttonationalprodukt (das was die gesamte Volkswirtschaft in einem Jahr produziert) gesunken ist, sind die Preise rasant gestiegen.

Nun die Tatsachen: In Bulgarien sank das BNP 1991 um 20%, die Inflation betrug 400%. In der CSFR betragen die Werte -12%/ +55%, in Rumänien -9%/ +60% und in Ungarn -7%/ +38%. Die Reallöhne sind in Bulgarien um die Hälfte (!) gesunken, in der CSFR um 28%.

Die marktwirtschaftlichen Reformen brachten den Menschen eine katastrophale Wirtschaftskrise, einen zermürbenden Alltag und eine rasant um sich greifende Armut. Viele Leute müssen, um Überleben zu können, Zweit- und Drittjobs annehmen. Aber es gibt auch Nutznießer. Die Zahl der Dollarmillionäre steigt, aber auch die Kluft zwischen arm und reich nimmt immer stärker zu.

In ganz Osteuropa fiel die Industrieproduktion 1991 um 19%, die Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Aus dieser Sackgasse könnten eigentlich nur Investitionen helfen. Aber auch diese sinken permanent. 1989 nahmen sie um 2% ab, 1991 schon um 23%! Und der kapitalistische Westen hält sich in Osteuropa mit Hilfeleistungen mehr als zurück. Zwischen Jänner 1990 und Juli 1992 sind Hilfeleistungen von 32 Milliarden US\$ zugesagt worden. 4/5 davon sind aber Kredite zu kommerziellen Bedingungen. Außerdem sind bis jetzt nur 9,7 Milliarden wirklich geflossen, von denen nur 1,7 einseitige Wirtschaftshilfe waren.

Die Ex-DDR hat einen Sonderstatus. Die BRD buttert enorme Summen

in die "Fünf-Neuen-Länder", um die soziale Situation zu stabilisieren und "die Überlegenheit der Marktwirtschaft" zu beweisen. In die Ex-DDR, wo die Wiederherstellung des Kapitalismus schon erfolgt ist, wurden alleine 1991 170 Milliarden DM überwiesen. Umgerechnet auf Zentral- und Osteuropa wären jährlich 702 Milliarden US\$ notwendig, nicht lächerliche 32, um auch nur die schlechte Situation in der Ex-DDR zu erreichen!

Nennenswerte ausländische Investitionen gibt es nur in Ungarn, aber selbst da betragen sie nur 3% der notwendigen Investitionen. Im Vergleich dazu hat der Marshallplan in Österreich nach dem 2. Weltkrieg die Hälfte der Investitionen finanziert.



Der Westen zeigt keinerlei Bereitschaft Geld in Osteuropa anzulegen. Die westlichen Kapitalisten haben kein Interesse im Osten neue Produktionen aufzubauen, denn hier gibt es ja schon genug Überkapazitäten. Osteuropa ist hauptsächlich als neuer Absatzmarkt gefragt.

Der Westen wird höchstens versuchen, Osteuropa, so wie die 3. Welt, als Billiglohnländer auszunutzen. Das Lohnniveau in Polen ist halb so groß wie das in Mexiko, die Löhne in Bulgarien sind hinter die indischen gefallen. Aber billige Arbeit ist zu wenig. Profite kann man nur dort machen, wo es einen Markt gibt. Und bei solchen niedrigen Löhnen ist der Markt sehr beschränkt.

Das Desinteresse des Westens

bedeutet, daß der Kapitalismus in diesen Ländern nur von innen wiederhergestellt werden kann. Das aber ist ein sehr schwieriger und langwieriger Prozeß. Die einzigen Bevölkerungsschichten, die die neue Kapitalistenklasse bilden können, sind alte Bürokraten und die Mafia des Schwarzmarktes. Diese Klasse aber wird durch und durch parasitär sein und die Wirtschaft kaum weiterentwickeln. Die "Segnungen" des Westens waren bis jetzt Drogen, Mafia, Armut und Kriminalität. Die marktwirtschaftlichen Reformen haben schon sehr schnell bewiesen, daß sie keine Lösung sind. Der Kapitalismus hat Osteuropa nichts zu bieten! Auch wenn die Arbeiter in Osteuropa unsicher und ohne klare Perspektiven sind, werden ihre Erfahrungen mit der kapitalistischen Realität ihre Illusionen (bald) zerschlagen und große Massenbewegungen, Hungerrevolten und Bürgerkriege können die Folge sein. Von einer bürokratischen Planwirtschaft ist nur die Bürokratie übrig geblieben, die nun versucht mit Hilfe marktwirtschaftlicher Reformen im Sattel zu bleiben. Das Ergebnis davon ist Chaos und wirtschaftliche Misere. Entscheidend wird sein, daß sich die Arbeiter eigene Organisationen (unabhängige Gewerkschaften und Arbeiterparteien) schaffen. Verteilungskämpfe werden stattfinden - doch nur eine sozialistische Partei kann auch Verbesserungen für die Arbeiter erkämpfen.

Die Zukunft im Osten liegt genauso wie im Westen in einer geplanten Wirtschaft, in der Arbeiterdemokratie und -verwaltung das Wirtschaftsleben regulieren. Klarerweise müssen Kapitalisten und Bürokraten ihren Besitz und ihre Privilegien verlieren. Dieser Weg wird hart sein und Sozialisten in Osteuropa brauchen unsere Solidarität und Unterstützung!

David Mum
Bezirksvorsitzender der SJ 23
aus der SJ ausgeschlossen

HGPD

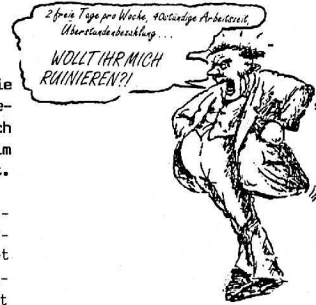
Nach jahrelangem Ringen hat die Gewerkschaft HGPD (Hotel, Gastgewerbe, Persönliche Dienste) endlich die Einführung der 5-Tage-Woche im Gastgewerbe mit 1.5.92 erreicht. **Zumindest auf dem Papier.**

Es gibt bisher ständig Übertretungen von Arbeitsrecht und Lehrlingsschutzbestimmungen, es gibt bereits die ersten Fälle von Umgehung der neuen Regelung und es ist fraglich, ob sich die Unternehmer in Zukunft an diese Regelung halten werden.

In Tirol werden Arbeitnehmern "Dienstzettel" vorgelegt, in denen sie "auf eigenem Wunsch erklären, an sechs Tagen der Woche und nach Arbeitgebereinteilung arbeiten zu wollen." Wie freiwillig das wirklich ist, sei der Fantasie überlassen. Der Jurist der Handelskammer Lottersberger hält es zwar für "ungeschickt", aber trotzdem für legitim, jemanden zu kündigen, weil er sich nicht für den sechsten Tag verpflichten will.

Aber auch sonst hat Tirol einiges zu bieten: Der ÖGB-Tirol reichte eine Klage gegen das Innsbrucker 5-Sterne-Hotel "Europa" beim Arbeitsinspektorat ein. Grund: Unbezahlte Überstunden bei Lehrlingen, Beschimpfungen, Nichteinhaltung der Ruhebestimmungen. Die Reaktion des Hotel Eigentümers: Er versucht, die Dienstverträge der Lehrlinge "einvernehmlich" zu lösen und heuer keine weiteren Lehrlinge aufzunehmen. Und nächstes Jahr? Wird er da nur Lehrlinge aufnehmen, die ihm versprechen, sich nicht gegen Gesetzesbruch zu wehren, mit Freuden unbezahlte Überstunden zu machen und das Arbeitsinspektorat anzulügen, wenn es sie fragen sollte?

Im Gastgewerbe herrschen überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenraten (1990: 16,9%), gleichzeitig aber Bedarf an Arbeitskräften. Zurückzuführen ist das auf die geradezu mittelalterlichen Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe: Überstunden, Streß, unregelmäßige Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung.



Aufgrund der Betriebsgröße (hoher Anteil von Klein- und Mittelbetrieben) ist Kontrolle schwer möglich.

Um die Situation der Lehrlinge zu verbessern und ihnen eine wirkliche Ausbildung zu ermöglichen, anstatt eine billige Arbeitskraft für den Unternehmer zu sein, ist eine Ausgliederung der Lehre aus dem Betrieb nötig. Bessere Berufsschule

und (von der Gewerkschaft kontrollierte) Lehrwerkstätten müssen die Antwort auf die Gesetzesbrüche der Unternehmer sein!

Um die Situation aller Beschäftigten im Gastgewerbe zu verbessern, sind ein Mindestlohn von 12.000 netto, 35-Stunden-Woche, Ausbau der Arbeitsinspektorate und Rechte der Gewerkschaft nötig. Und natürlich härtere Bestrafung der Unternehmer. Spätestens nach der zweiten Übertretung soll der Betrieb ohne seinen ehemaligen "Besitzer" durch die ehemaligen "Beschäftigten" weitergeführt werden. Aber ohne Entschädigung, denn die Unternehmer bereichern sich tagtäglich an der Leistung der Beschäftigten. Aber das alles muß erst erkämpft werden - von einer Gewerkschaft, die über die Grenzen des Kapitalismus hinweg Forderungen stellt und erkämpft!

Sonja Grusch
aus der SJ ausgeschlossen

Puch in der Krise

Im Grazer Puch-Werk, wo seit 1984 ca. 60.000 VW-Transporter produziert wurden, stehen Massenkündigungen vor der Tür. VW wird den Ende September auslaufenden Vertrag nicht mehr verlängern. Die Produktion wird in den Osten des wiedervereinigten Deutschlands verlagert, da dort niedrigere Löhne bezahlt werden.

Insgesamt stehen nun 1200 Arbeiter vor der Kündigung. Eine erste Liste mit 200 Gekündigten ist schon unterwegs. Davon sind hauptsächlich Arbeiter, die erst ein Jahr in Graz beschäftigt sind sowie ältere Arbeiter, betroffen. Bislang wurde in zwei Schichten gearbeitet, ab Juni wird auf einschichtigen Betrieb umgestellt. Doch was nach September passiert, ist unklar.

Noch gibt es kleinere Aufträge (z.B. Schaltgetriebe für Ersatzbedarf) und einige Arbeiter können in anderen Bereichen des Betriebs "aufgefangen" werden. Die meisten der 1200 Arbeiter werden aber auf die Straße gesetzt. Als großes "Auffanglager" wurde bis jetzt immer das Chrysler/Eurostar-Projekt gepriesen. Es gibt ein Abkommen,

daß bei Personalabbau der Steyrer Werke Eurostar die Arbeiter übernehmen sollte. Doch auf Grund der niedrigeren Löhne und viel geringeren Sozialleistungen beim US-Multi kam es bislang kaum zu Übertritten. Die meisten Arbeiter hoffen, doch noch weiterbeschäftigt zu werden. In der Zwischenzeit hat Chrysler/Eurostar seinen Personalbedarf praktisch schon gedeckt. Bei Steyr laufen inzwischen Verhandlungen mit Mazda, aber vor 1994 werden sicher keine japanischen Autos in Österreich produziert. Bis dahin werden die Arbeiter allerdings nicht warten können. Die Marktwirtschaft nimmt keine Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung. Darum:

- * Sofortiger Stopp der Kündigungen!
- * Verhindern wir ein Ausspielen der ausländischen gegen die österreichischen Arbeiter!
- * Betriebe unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung! Für eine sozialistische Politik und konsequentes Eintreten für die betroffenen Beschäftigten der SPÖ und des FSG im ÖGB!

Richard Klug SJ 6

Deutschland: ÖTV - Fauler Kompromiß

Der "kleine" Arbeiter und Angestellte in Deutschland spürte es schon lange. Wenn die konservative CDU/CSU/FDP-Regierung mal nicht mehr weiter weiß und die Profite für die Bosse sinken, sind es immer die Lohnabhängigen, die ihren Kopf dafür hinhalten müssen. Die Regierung hat auch keinen Hehl daraus gemacht: "Wir müssen alle unseren Gürtel enger schnallen" ließ der birnenköpfige Ausbeuter der Nation (Kohl) schon öfters verlautbaren. "Wir"? Wen Kohl mit "Wir" meint, ist klar.

Es sollten nicht die deutschen Großunternehmer oder Spitzenpolitiker sein, denen man die Brötchen streitig machen wollte. Die Arbeiter und Angestellten sollten sich langsam auf die kommenden Reallohnverluste einstellen. Durch Steuererhöhungen, mit denen die Wiedervereinigung finanziert werden sollte, setzten Reallohnverluste von ungefähr 2,5% ein. 75% der ehemaligen DDR-Industrie wurden geschlossen und die westdeutschen Wirtschaftstreibenden haben aus Angst vor Konkurrenz natürlich kein Interesse daran, finanzielle Hilfen in den Osten fließen zu lassen. Die Unzufriedenheit bei den deutschen Arbeitnehmern wuchs also ständig. Die diesjährige Tarifrunde war dann nur der zündende Funke für den Ausbruch des größten Arbeitskampfes in Deutschland seit 20 Jahren. Forderungen und Angebote lagen so weit auseinander wie schon lange nicht mehr: Das Angebot der Arbeitgeber von 3,3% stand der Forderung der Gewerkschaft ÖTV von 11,5% gegenüber. Im April wurde vom "Schlichter" (ein Politiker) ein Tarifabschluß von 5,4% vorgeschlagen, welcher von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr (ÖTV) angenommen worden wäre, aber nicht von den Arbeitgebern, die eine Reduzierung auf 4,8% verlangten. Die Gewerkschaftsmitglieder konnten dieses lächerliche Angebot nicht akzeptieren, nicht einmal die Inflationsrate würde damit abgedeckt.

Streikverlauf

Die Gewerkschaftsführung rief die Mitglieder zur Urabstimmung über einen Streik zur Durchsetzung der Forderungen der ÖTV-Gewerkschaft. 80% der Gewerkschaftsmitglieder stimmten für Streik und somit gegen die Anerkennung des Schlichterspruches. Der Streik der ÖTV dauerte 12 Tage. 12 Tage, an denen die Arbeiter und Angestellten ihre Kampfkraft gegenüber den Bossen, Managern und Politikern demonstrierten und somit auch ihre Unzufriedenheit mit der Kohl-Regierung zum Ausdruck brachten. Am Höhepunkt der Streikbewegung legten 450.000 Arbeiter und Angestellte ihre Arbeit nieder. Auch bei der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft der Welt, kam es zu kurzfristigen Streikaktionen, um Solidarität mit den KollegInnen beim ÖTV zu zeigen. Die Vorsitzende der ÖTV, Wulf-Matthies, und andere Spitzenfunktionäre riefen die Basis zum Kampf und beteuerten, daß gestreikt werde bis eine Lohnerhöhung mit einer 6 vor dem Komma erreicht ist. Zigtausende neue Mitglieder strömten in die Gewerkschaft, Tausende standen während dieser Tage Streikposten.

Die Basis wird verraten

Am 8. Mai 1992 einigten sich Gewerkschaft, Bund, Länder und Gemeinden auf einen schlappen Kompromiß. Für die unteren Gehaltsgruppen wurde eine Erhöhung von 5,4%, in den ersten 4 Monaten eine Sonderzahlung von 750 DM und eine weitere Sonderzahlung von 200 DM auf das Urlaubsgeld ausgehandelt. All diese Zahlungen und Erhöhungen verstehen sich allerdings brutto. Für die oberen Gehaltsgruppen fiel das Ergebnis schlechter aus als die Unternehmer ursprünglich angeboten haben. Dementsprechend reagierte auch die ÖTV-Basis auf das Verhandlungsergebnis. Bei der 2. Urabstimmung der Mitglieder, die über die Annahme der ausgehandelten Lohnerhöhungen entscheiden sollte, waren



56% der Mitglieder gegen die Annahme des Kompromisses. Grundtenor der Basis: "Für dieses lächerliche Ergebnis haben wir 12 Tage lang gestreikt?"

Die Gewerkschaftsführung hatte keine Probleme damit, dieses Ergebnis anzuerkennen, schließlich ging es ja nicht um ihr Geld. Sie ignorierte das Ergebnis der 2. Urabstimmung kurzerhand. ÖTV Vorsitzende Wulf-Matthies sah in dem Ausgang der Abstimmung keine Aufforderung der Basis, den Streik weiterzuführen.

Die Proteste der Basis waren unüberhörbar, besonders die Arbeiter (z.B. Nahverkehr und Müllarbeiter) fühlten sich zu Recht verraten. Der Ruf nach einer neuen Führung wurde immer lauter, auch bei den kleineren Funktionären. Doch am Gewerkschaftstag im Juni wurde Wulf-Matthies trotz heftiger Proteste vieler Delegierter wiedergewählt. Die Führung der Industriegewerkschaft Metall und Medien einigte sich dann schnell mit den Unternehmern - aus Angst vor der eigenen Basis, die echte Verbesserungen erwartete und kampfbereit war.

Doch die linke Opposition in der Gewerkschaft rührt sich: Sie fordert den sofortigen Einstieg in Neuerhandlungen für einen Nachschlag zu den Lohnerhöhungen, jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit für alle Gewerkschaftsfunktionäre, einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle bezahlten Funktionäre. Im Zuge der Kämpfe haben linke Gewerkschafter dazu aufgerufen, gemeinsame Komitees von linken Gewerkschaften in ÖTV, IG-Metall und IG-Medien zu gründen, um den Kampf für eine andere, kämpferische Führung aufzunehmen.

Alex Freil SJ 6

Kampf um die Verstaatlichte

Den verstaatlichten Unternehmen geht es an den Kragen - oder besser: den Beschäftigten! Alle scheinen sich auf einen Kurs der Privatisierung um jeden Preis und des Ausverkaufs des staatlichen Besitzes verschworen zu haben: Regierung, FPÖ, Unternehmer, Industriellenvereinigung und die "unabhängigen" bürgerlichen Medien.

Die SPÖ/ÖVP-Regierung privatisiert, die Manager rationalisieren und kündigen und der ÖGB dient als Statist, wenn wieder ein Sozialplan für hunderte "neue" Arbeitslose angekündigt wird (zum Beispiel bei den bevorstehenden Kündigungen bei der AMAG). Viele Bereiche der verstaatlichten Unternehmen wie ÖMV oder auch der Verbund sind Beispiele dafür, wie sehr private Unternehmer, reiche Aktionäre und multinationale Konzerne von der Privatisierung profitieren. Die Koalitionsregierung hat den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft drastisch reduziert. Die noch übrig gebliebenen Teile des großen verstaatlichten Konzerns (Austrian Industries bzw. ÖIAG) warten auf weitere Privatisierungen. Die Manager und Politiker sind sehr erfindungsreich, wenn es darum geht, die Unternehmen auf den freien Kapitalmarkt zu werfen. Entweder die Unternehmen werden verkauft (z.B. an Multis wie Siemens oder MAN) oder Aktien werden ausgegeben (wie bei der ÖMV oder Verbund). Verstaatlichte Unternehmen werden aufgelgliedert, in rentable und weniger rentable Teile aufgespalten - dann kann der Verstaatlichten-Kuchen aufgeteilt werden. Bankenbeteiligung, Joint-Ventures mit Multis... es gibt viele Wege, die Verstaatlichte zu Geld zu machen. Nicht nur das:

der Besitz der öffentlichen Hand, seien es Waldbestände, Gebäude, Wohnungen, historische Gebäude - alles wird verpachtet, verkauft. Wenn ein Betrieb Verluste bringt, sich daher auch nicht verkaufen läßt, dann wird zugesperrt, gekündigt.

Interessen der Kapitalisten

Warum schreiben die Unternehmer und die ÖVP so lautstark nach als Statist, wenn wieder ein Sozialplan für hunderte "neue" Arbeitslose angekündigt wird (zum Beispiel bei den bevorstehenden Kündigungen bei der AMAG). Viele Bereiche der verstaatlichten Unternehmen wie ÖMV oder auch der Verbund sind Beispiele dafür, wie sehr private Unternehmer, reiche Aktionäre und multinationale Konzerne von der Privatisierung profitieren. Die Gewinne der Unternehmer erhöhen sich - und auf wessen Kosten? Die Beschäftigten der Verstaatlichten haben in der Vergangenheit durch ihre starke Gewerkschaft viele soziale Leistungen und vergleichsweise hohe Löhne und Gehälter erreichen können. Doch das war einmal: Die Gewerkschaft ist in der Defensive. Werkskichen und Werksverkehr für die Belegschaft werden stillgelegt. Lehrwerkstätten der Verstaatlichten sperren zu. Die Löhne werden reduziert, Arbeitsbedingungen verschlechtert und nicht zuletzt: Arbeiter und Angestellte werden massenweise gekündigt!

Alle Unternehmen, die in Staats-, Landes- und Gemeindebesitz sind, alle Bereiche der Gemeinwirtschaft wie z.B. Genossenschaften stehen im Schußfeld der bürgerlichen Politiker. Die Post und die ÖBB sollen aufgelgliedert werden, um dann schließlich die profitablen Teile an Private abzugeben. Es werden sicher große Teile weiterhin von der öffentlichen Hand verwaltet

werden, doch nur diejenigen Teile, die nur mit Steuermitteln aufrecht erhalten werden. Konservative Regierungen scheuen sich auch nicht, Wirtschaftsbereiche wie Wasserversorgung, Müllabfuhr oder Elektrizität mehrheitlich zu privatisieren. Doch dann werden die sozialen Leistungen für die Mehrheit der Bevölkerung unbezahlbar und schlechter. Die Regierung in Großbritannien hat sogar das nationale Gesundheitswesen privatisiert. Der Kapitalismus macht mit allen grundlegenden Bedürfnissen der Menschen Geschäfte.

Ausverkauf des Staatsbesitzes

Die Regierung verfolgt kurzfristige Ziele: erstens, um schnell Budgetlöcher zu stopfen und zweitens, um den privaten Unternehmern und Aktionären Profite zu ermöglichen. Der Verbund zum Beispiel schüttet eine hohe Dividende an die 49% privaten Aktionäre (16%) aus, aber unsere Stromrechnungen steigen. Hast Du keine Aktien? Pech, denn es gibt Leute und Unternehmer, die genügend Geld haben, um sich tausende Aktien kaufen zu können.

Gerechtigkeit? Nein, denn damit hat Kapitalismus nichts zu tun! Die Verstaatlichte Industrie und alle Unternehmen in Besitz von Ländern und Gemeinden sind in der 2. Republik nie irgendein Sozialismus gewesen. Die Verstaatlichte Industrie umfaßte nach dem Weltkrieg große Teile der Wirtschaft. Sie war der wirtschaftliche Motor der Wirtschaft, vor allem der privaten. Kein privater Unternehmer hätte solch große Betriebe organisieren und bezahlen können. Die Verstaatlichte liefert(e) Gewinne



Für eine starke
sozialistische Arbeiterpresse
Unterstützt VORWÄRTS

für den Staat, gab Rohstoffe billig an die Privaten ab, sorgte für die Ausbildung von Fachkräften und sicherte die Kaufkraft der Bevölkerung. Andererseits konnte die Gewerkschaft kampfflos (durch die Verflechtung von Regierung, Parteien und ÖGB) viele Rechte für die Beschäftigten und Personalvertreter erreichen. Die Verstaatlichte war der wirtschaftliche Unterbau der Institution Sozialpartnerschaft. Doch die ÖGB- und SPÖ-Führung arbeitete nicht für eine wirkliche sozialistische Veränderung der Gesellschaft. Bereits 1947 schränkte ein Gesetz der großen Koalition die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in der Verstaatlichten ein. Die österreichische Wirtschaft wurde auf dem Rücken der Arbeiter aufgebaut und die privaten Unternehmer streiften die Profite ein - bereits Anfang der 80er Jahre spürten die Unternehmer, die ÖVP und die Multis, daß sie auch wirtschaftlich und politisch stark genug geworden waren, um die politischen und sozialen Verhältnisse in Österreich spürbar zu verändern. Die massive Verschiebung der Eigentumsverhältnisse heißt klar: Mehr Eigentum und mehr Macht für die Unternehmer und bürgerlichen Politiker. Es findet eine große Umverteilung von Reichtum statt: Eine Umverteilung von unten nach oben!

schaft Gewinne einfahren kann. Real und netto wird ein Rückgang der Realeinkommen je Arbeitnehmer um 0,2% erwartet.

Die Privatisierung von verstaatlichten Unternehmen ist also nur ein Teil des Mosaiks. Eigentum und Einkommen werden unverteilt und die Rolle der SPÖ- und ÖGB-Führung ist beschämend. Keine Gegenwehr, sogar Mitarbeit und tragende Rolle in der Regierung. Die SPÖ-Führung verkauft die Privatisierungswelle als "Modernisierung" der Wirtschaft. Natürlich verändert sich die Wirtschaft ständig, aber dahinter stecken andere, handfeste Gründe: Die Teile der Wirtschaft, die vom Staat verwaltet werden, und die Bereiche, in denen die Kapitalverwertung über den Staat abläuft, unterliegen nicht der direkten Kontrolle der Bürgerlichen. Doch die privaten Unternehmer und ihre politischen Vertreter wollen die ganze Macht - selbst eine sozialdemokratische Regierung behindert sie in der heutigen Krisenzeit. Wenn die SPÖ-Führung nicht mitspielen würde, würden die Kapitalisten die SPÖ beseitigen und ohne zu zögern, eine Bürgerblock-Regierung installieren.

Sozialistische Alternative

Es gibt eine Alternative. Wir fordern eine umfassende Vergesellschaftung der Wirtschaft. Alle Großunternehmen, multinationalen Konzerne, Banken, Versicherungen, Hausverwaltungen und Großgrundbesitz müssen, wenn wir eine tatsächliche Veränderung der Eigentumsverhältnisse erreichen wollen, in staatliches Eigentum verwandelt werden. Doch die Verstaatlichung alleine reicht natürlich nicht aus. Arbeiterdemokratie und -verwaltung müssen die Prinzipien der Wirtschaft sein. Das Verfügungsrecht über die Wirtschaft muß in den Händen der arbeitenden Menschen liegen. Natürlich werden sich jetzt die Stimmen der Bürgerlichen erheben: "Verstaatlichung ist Korruption, im Osten ist alles zusammengebrochen, die Sozialisten wollen allen das Eigentum wegnehmen

usw." Doch was steckt hinter der Propaganda der Bürgerlichen? Wirtschaftliche Interessen und politische Vormachtstellung. Beides wollen sie erhalten und ausbauen, denn wenn die Kapitalisten keinen Profit aus unserer Arbeit herausziehen können, dann ist ihr System am Ende. Wenn wir die Verstaatlichten verteidigen, dann verteidigen wir damit nicht den "Sozialismus". Wir verteidigen die Interessen der Arbeiterschaft, wir kämpfen damit gegen die Machtansprüche der Kapitalisten und der ÖVP/FPÖ-Allianz.

Unsere Forderung zeigen eine wirkliche sozialistische Alternative auf: Verstaatlichung auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie und -verwaltung! Alle Funktionäre werden demokratische gewählt und sind jederzeit wähl- und abwählbar. Alle bezahlten Funktionäre erhalten nur maximal einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Die Form der Sozialisierung der Wirtschaft hängt von der Struktur der Wirtschaft ab - aber die entscheidende Frage bleibt: Wie können wir eine sozialistische Veränderung erreichen? - Die vielen grundlegenden sozialen Probleme wie Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, wie organisiertes Verbrechen, Drogenabhängigkeit und Umweltverschmutzung können wir nur wirksam bekämpfen, wenn wir eine neue wirtschaftliche Basis schaffen. Der Profit als treibendes Element der Gesellschaft haben uns an den Rand des Abgrunds gebracht. Daher ist der Kampf gegen dieses System, gegen den Kapitalismus, notwendig. Daher ist Privatisierung und Verstaatlichung immer noch eine zentrale Frage, noch immer eine politische, eine Klassenfrage!

(Weitere Artikel über die Verstaatlichte, die im VORWÄRTS erschienen sind, bitte bei der Redaktion anfordern!)

Jugoslawien: Nationalismus keine Lösung

Der Krieg in Bosnien bedeutet eine Wende im jugoslawischen Gemetzel. Die USA sind in die "antiserbische" Front der EG eingetreten, nach Sanktionen ist nun auch eine militärische Intervention des Westens (z.B. unter dem Deckmantel UNO) nicht mehr ausgeschlossen.

Die Ursache für den Krieg bildet die tiefe Krise, in die die jugoslawische Bürokratie Ende der 80er Jahre schlitterte. Die Wirtschaft schrumpfte 1990 um 7,6%. Die Belgrader Regierung setzte daraufhin auf Privatisierung und ein massives Sparprogramm. 92% aller Preise wurden freigegeben, die formelle Arbeiterselbstverwaltung nun offiziell abgeschafft. Jugoslawien war nie ein "sozialistisches Land", genauso wenig wie die Länder in Osteuropa, China, ... Es war ein Staat, in dem es zwar eine geplante, verstaatlichte Wirtschaft gab, doch die politische Macht übte, wie in all den anderen "deformierten Arbeiterstaaten", eine abgehobene Bürokratie aus. Der einzige Unterschied (zu z.B. Osteuropa) bestand darin, daß durch einen Interessenkonflikt um die Macht in Südosteuropa zwischen Stalin und Tito Jugoslawien isoliert vom übrigen stalinistischen Block da stand. Einerseits warf sich Tito deshalb

in den Hals des Westens und baute so eine gewaltige Auslandsverschuldung auf, andererseits mußte die jugoslawische Bürokratie viel vorsichtiger mit der eigenen Bevölkerung umgehen, um nicht durch immer wieder auftauchende Proteste gegen diverse Fabriksbonzen, Direktoren, Fehlplanungen, ... gestürzt zu werden. Die Arbeiterselbstverwaltung, als große Errungenschaft per Dekret von oben eingeführt, bedeutete in Wirklichkeit nicht mehr Rechte als die von europäischen Betriebsräten. Durch Dezentralisierungsprogramme wurden einzelne Betriebe und vor allem verschiedene Regionen geschickt gegeneinander ausgespielt. Diese Politik bedeutete eine Vertiefung des Nord-Süd-Gefälles und das Schüren

des Nationalismus in den verschiedenen Provinzen. Besonders im "reichen" Slowenien und Kroatien konnten sich dadurch Führer in Szene setzen, die populistisch den "unterentwickelten" Süden für alles Schlechte im eigenen Bereich verantwortlich machten.

Massenstreiks und Nationalismus

Ende der 80er Jahre gab es in ganz Jugoslawien Massenstreiks für die "Arbeiterselbstverwaltung" und höhere Löhne. Sie blieben aufgrund des Fehlens einer revolutionären Führung und Perspektive ohne dauerhafte Erfolge. Als die Kämpfe abflauten, die Löhne von einer gewaltigen Inflation aufgefrassen wurden, traten in ganz Jugoslawien die Nationalisten in Erscheinung. In Slowenien und Kroatien gewannen rechte Regimes mit teilweise kurzerhand geuendeten Bürokraten die Oberhand. Ihr Programm: "Unabhängigkeit" und Kapitalismus auf schnellstem Wege. Auf der anderen Seite formierte sich die Belgrader Zentralbürokratie um einen immer stärker großserbisch tönenden Milosevic, der im Kosovo blutig die albanische Mehrheit unterdrücken ließ.

Krieg in Slowenien und Kroatien

Die drohende Lostrennung der beiden nördlichsten Republiken stellte für die Interessen der Belgrader Zentrale eine entscheidende Bedrohung ihrer Macht dar. Nicht zuletzt um von den Problemen in Serbien abzulenken, ging eine Koalition aus Bundesarmee und diversen erreaktionären Banden zum militärischen Angriff auf Slowenien und Kroatien über. Mußte die Bundesarmee nach einem Monat aus Slowenien unverrichteter Dinge abziehen, konzentrierte sich der Kampf von nun an auf Kroatien, vor allem auf die national gemischten Gebiete. Von kroatischer und serbischer Seite wurde ein beinhardt Eroberungskrieg losgetreten, bei

dem die Bevölkerung in den umkämpften Gebieten nicht um Selbstbestimmung gefragt wird, sondern nur als Kanonenfutter für die jeweiligen Interessen verwendet wird. Regionale Diktatoren verüben grausame Massaker an den Zivilisten, die Situation scheint Verfahren.



Der Krieg fordert hunderte Opfer

Die Rolle des Imperialismus

In der Jugoslawienfrage hatte der Imperialismus mehrere Schwänke vollzogen. Entscheidend war natürlich niemals das Selbstbestimmungsrecht sondern die verschiedenen strategischen und wirtschaftlichen Interessen. Zuerst setzten alle wichtigen imperialistischen Staaten auf eine gesamtjugoslawische "Lösung" unter serbischer Vorherrschaft. Die Unabhängigkeitsbewegungen wurden, mit Blick auf den Nationalismus im eigenen Bereich (Irland, Basken, ...) und Osteuropa, nicht sehr positiv beurteilt. Mit Ausbrechen des Krieges kam es zu einer Spaltung im imperialistischen Lager. Die Bürgerlichen, die besonders wirtschaftliche Interesse an Kroatien und Slowenien haben (z.B. BRD), machten Druck Richtung Anerkennung und eventueller militärischer Intervention, während z.B. die USA bei ihrem alten Kurs blieb. Das Ziel blieb für die USA, die Lage in Jugoslawien zu stabilisieren.

Bosnien

Bosnien-Herzegovina wird wegen seiner besonderen vielfältigen

Nationalitäten (44% Moslems, 17% Kroaten, Rest Serben) oft als "Jugoslawien im Kleinen" bezeichnet. Dem Tudjman-Regime gelang es geschickt, seine Gebietsansprüche und Interessen in dieser Republik im laufenden Konflikt geltend zu machen: 1991 wurde im Parlament von der kroatisch-moslemischen Mehrheit (SDZ und HDZ) die Unabhängigkeit beschlossen. Die serbische Partei (SDS) drohte mit Abspaltung, ein Unabhängigkeitsreferendum wurde gegen den Boykott der gesamten serbischen Bevölkerung durchgezogen. Von serbischer und kroatischer Seite wurden Spaltungsund Aufteilungspläne aus der Tasche gezogen. Mit Unterstützung der EG wurde ein Bosnien "der Kantone" beschlossen. Doch die starke nationale Durchmischung, die unterschiedlichen strategischen Interessen machten eine friedliche Beuteverteilung unmöglich. Im März entbrannte der Krieg in Bosnien voll. Tudjman hatte darauf nur gewartet. Der Krieg in Bosnien bedeutet die Gefahr eines Flächenbrandes in ganz Südosteuropa: Mazedonien, Kosovo, Griechenland, Bulgarien... Direkte NATO-Interessen sind dadurch betroffen und führen zum Umschwenken der USA: Bosnien wird anerkannt, Sanktionen gegen den nunmehrigen "Hauptschuldigen" Serbien, Androhung von Militärinterventionen.

Aufgabe der Marxisten

Der Zerfall Jugoslawiens bedeutet einen gewaltigen Rückschritt. Wichtigste Aufgabe ist es, aufzuzeigen, welches Programm und welche "Unabhängigkeit" die Nationalisten in Kroatien und Slowenien tatsächlich anzubieten haben: Kapitalistische Restauration (in Slowenien ist jeder Zehnte arbeitslos, Grundnahrungsmittelpreise stiegen um fast 300%...), Unterwerfung unter die totale Kontrolle der EG. In Kroatien herrscht ein autoritäres Regime, Linke werden unterdrückt und eingesperrt. Die Völker Jugoslawiens sind in der Vergangenheit unterdrückt worden, doch die besten und positivsten Traditionen (die der Arbeiterklasse in dieser Region) waren immer für eine breite Föderation auf sozialistischer

Grundlage. Wir müssen das Recht auf nationale Selbstbestimmung verteidigen. Abzug der serbischen Truppen aus den kroatischen Gebieten, Abzug der kroatischen Truppen aus den serbischen Gebieten. Doch als Marxisten fordern wir nicht offensiv den Zerfall und die Lostrennung. Die entscheidende Frage ist: Mit welchem Programm können wir die slowenischen, kroatischen, serbischen... Arbeiter für einen gemeinsamen Kampf und eine gemeinsame Zukunft gewinnen? Wir müssen alle Ansätze zum Sturz Milosevics unterstützen, der nur nur wegen der (berechtigten) Angst der (bürgerlichen) Opposition vor den Massen nicht geschieht. Die gemeinsamen Verteidigungsaktionen von Nationalitäten-gemischten Milizen in einigen bosnischen Städten weisen in die richtige Richtung.

Unsere Aufgabe als Marxisten in den imperialistischen Staaten ist es, gegen die Sanktionspolitik (die erstens die Bevölkerung trifft und

zweitens nur dient, um die Interessen des Kapitals durchzusetzen, kämpfen. Eine erfolgreiche, militärische Intervention des Westens (unter welchem Deckmantel auch immer) würde die gesamte Situation weiter verschlimmern und jede Lösung im Sinne der Bevölkerungsmehrheit verhindern. Irgendwelche Marionetten würden eingesetzt werden, Grenzen Selbstbestimmung hin oder her so gezogen werden, wie es EG und USA passt!

- * Gegen jede Einmischung des Imperialismus!
- * Für das Recht auf nationale Selbstbestimmung - Abzug aller Besatzungstruppen!
- * Für national-gemischte Arbeitermilizen - gegen nationalistische Banden, rechte Regierungen und Belgrader Zentralbürokratie!
- * Für eine sozialistische Föderation der Völker Jugoslawiens!

Johan Evers
Vorsitzender der SJ 5
aus der SJ ausgeschlossen

EG - Grenzenlose Umweltverschmutzung

1991 wurde von der EG durch die Gruppe Verkehr festgestellt: "Dem europäischen Verkehrsweesen droht eine schwere Krise, die zum Ausbruch kommt, da der Güter- und Dienstleistungsverkehr zwischen der EG und Osteuropa erheblich zunehmen wird." Betrachtet man die bisherigen Fakten, wurde verlautbart, daß die Steigerung des LKW-Verkehrs laut EG-Bericht +40% ohne Ostverkehr betragen wird. Das bedeutet, daß der Transitverkehr, nicht wie beteuert wurde, nur geringfügig, sondern um mehr als 70% ansteigen wird. Gleichzeitig wird die ÖBB Verluste bis zu 700 Millionen im Jahr erleiden müssen. Die Deutsche Bundesbahn weist 800 Millionen DM pro Jahr an Verlusten auf, seit dem Eintritt in den Binnenmarkt.

Der Transitvertrag der Europäischen Gemeinschaft fordert:

- * Förderung einer koordinierten europäischen Verkehrspolitik.
- * Verpflichung, Bahnkapazitäten zu erschaffen = Bau des Umfahrungstunnels Innsbruck, 2-gleisiger Ausbau

der Tauernstrecke, Aufhebung der Nachsperrung auf der Pyhrn und Hief্লাustrecke, Neubau der Strecke St. Michael-Bruck/Mur, was die Verbauung der Alpen, Wälder und Täler bedeutet - sowie eine massive Umweltbelastung.

- * Ausbau des kombinierten Verkehrs = zusätzliche Autobahnen...
- * Festsetzung der Preise (Tarife) im kombinierten Verkehr sollen mit jenen des Straßenverkehrs vergleichbar sein.
- * Ökopunktesystem, daß ein Ansteigen des Transitverkehrs und der Schadstoffe verhindern soll.

Da die österreichische Regierung um jeden Preis zur EG will, wird der Transitvertrag akzeptiert werden. Unsere bisherigen Verkehrsbestimmungen würden damit hinfällig. Die EG-Regierung hat ihren Standpunkt bereits klar zum Ausdruck gebracht: "Wie jeder andere internationale Straßenverkehr wird auch der Transitverkehr nach 1992 frei von jeder Beschränkung sein und auch Österreich, im Falle eines

Beitritts, wird seine restriktive Politik im Bereich des innergemeinschaftlichen Straßenverkehrs aufgeben und den Besitzstand der Gemeinschaft übernehmen müssen." Damit ermöglicht der Transitvertrag maximal eine Atempause bis zum Jahr 2000 oder bis zu einem EG-Beitritt. Falls es zu einer Aufhebung des Transitvertrages kommt, steigt das Verkehrsaufkommen und die Schadstoffemissionen werden um mindestens 15% ansteigen. Gleichzeitig wird es zu einer Steigerung der Unfallrate und zu einem erhöhten PKW-, LKW-, und Flugverkehr kommen, der Hauptumweltverschmutzer der Luft ist. Das bedeutet folglich

wiederum eine massive Schädigung der Gesundheit und der Umwelt.

Das angesprochene Ökopunktesystem ist ebenfalls nicht so umweltbewußt wie es scheint. Ein Staat darf eine gewisse Anzahl an Ökopunkten nicht überschreiten. Diese Punkte werden nach der Emission der LKWs berechnet. Es wird leider von einem Wert ausgegangen, der bereits jetzt umweltschädigend ist (im Interesse der Unternehmer). Eine Verminderung wird also, wenn diese Politik weitergeht, nicht stattfinden. Außerdem: Wer wird die Punkte vergeben? Wer kontrolliert die Durchführung und wie wird die Kontrolle aussehen?

Nach der derzeitigen Lage ist die Umwelt schon so zerstört und die Gesundheit schon so drastisch geschädigt, daß wir es uns nicht mehr leisten können, bei dem EG-Wahnsinn mitzumachen.

- * Durchsetzung eines LKW-Nachfahrverbots und Fonds zur Abgeltung der Umweltschäden.
- * Enteignung und hohe Strafen bei Mißachtung der Umweltgesetze.
- * Zusammenschluß aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Europa, um die Umwelt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu retten!
- * NEIN ZU dieser EG!

Tanja Kozak SJ 6

DIE LEHRE UND IHR IMAGE

Waren es im Jahre 1990 nur 100 freigebliebene Lehrlingsplätze, so sind es 1991 schon 2500 freie Lehrstellen gewesen. Jetzt fragt man sich, wieso immer weniger junge Leute einen Lehrberuf ergreifen. Es gibt einige Gründe dafür wie z.B.: daß die Lehrherren die Gesetze nicht einhalten, was auch auf ungenügende Kontrolle zurückzuführen ist. So passiert es oft, daß Lehrlinge 10 bis 20 Überstunden in der Woche machen müssen, oder daß sie Dinge tun müssen, die nichts mit dem Lehrberuf zu tun haben wie z.B. Autowaschen, Babysitten, Fensterputzen usw. Dazu kommt dann auch noch die schlechte Bezahlung.

An diesen Zuständen wird auch die Werbekampagne "Karriere mit Lehre" nichts ändern. Lehrlinge bedeuten für die Unternehmer billige Arbeitskräfte und anstatt die Situation der Lehrlinge zu verbessern, wird über diese Werbekampagne versucht, Jugendliche für eine Lehre zu animieren.

Wir fordern eine bessere Ausbildung für die Lehrlinge und wirkliche Kontrolle der Unternehmen, die Lehrlinge beschäftigen. Wir fordern bessere Bezahlung, im ersten Lehrjahr 60% des Lohnes, im zweiten 70% und im dritten 90% des Gehaltes.

Sven Evers SJ 6
Kochlehrling

HEUTE WIR - MORGEN IHR!

In der Ruefa GmbH, die der Gewerkschaftsbank Bawag gehört, wird ein Teil der in einer Betriebsvereinbarung festgeschriebenen Sozialleistungen abgebaut. Am 17.6.92 schreibt der Standard: "Laut einer Resolution von Betriebsrat und Gewerkschaft der Privatangestellten hätten die bisher abgehaltenen Gespräche zu diesem Thema kein Ergebnis gebracht, weil die "Angebote der Geschäftsführung unakzeptabel sind". Die Differenzen um die Sozialleistungen haben, wie nun bekannt wurde, am Montag auch schon zu Kampfmaßnahmen geführt."

Die Beschäftigten haben während der Arbeitszeit Protestveranstaltungen durchgeführt, ein Großteil der Filialen ist geschlossen geblieben. Eine Demonstration zog über den Wiener Ring, um bei der Bawag zu protestieren. Auf einem Transparent stand: HEUTE WIR - MORGEN IHR! und forderte Solidarität anderer Reisebüroangestellten ein. Die Solidarität ist sicher und die Beschäftigten wehren sich! Aber was wir brauchen ist eine kampfstärke Gewerkschaftsführung, die die Proteste organisiert und nicht verpuffen läßt!

Michael Hotvagner SJ 23
Reisebürolehrling

WIEN: SJ 3 - Gruppe Commune

Am 19.3.92 wurden 4 SJ-Bezirke aufgelöst, aber auch gegen den aktiven Teil der SJ-3 setzten die Bürokraten in der SJ-Wien Maßnahmen. Die Konferenz der SJ Landstraße war zwar wegen Problemen mit den Delegierten ungültig, hätte aber ohne weiteres wiederholt werden können. Doch es wurde eine Bezirksbetreuerin eingesetzt, um die sozialistische Arbeit im Bezirk zu lähmen. Ein Schachzug, der weder auf die jetzige Bezirksbetreuerin noch auf die SJ-Mitglieder Rücksicht genommen hat. Aber der Versuch des Landessekretärs, eine zweite Gruppe im 3. Bezirk zu installieren, zeigte bis jetzt keinen ersichtlichen Erfolg. Natürlich verhärteten sich die Fronten zwischen SJ-Wien und Gruppe Commune durch diese Verzögerung, dem 3. Bezirk wieder seine demokratische Vertretung zu geben, weiter. Wir werden uns aber nicht daran hindern lassen, noch mehr junge Menschen anzusprechen und für unsere sehr gute Antifaschistische Kampagne zu begeistern. Komm auch Du zur Gruppe Commune! Das Programm:

- 1.7.92 Jugoslawien
- 8.7.92 Gibt es die "ökosoziale Marktwirtschaft"?
- 15.7.92 Menschenrechte und internationale Solidaritätsarbeit
- 22.7.92 Pornographie - Schmutziges Bombengeschäft oder gesellschaftliche Notwendigkeit?

Susita Fink SJ 3

Verbandstag: Öffnung durch Ausschlüsse

Neues Programm, neue Statuten, neue Führung. Vom 19. bis zum 21.6.92 fand in Linz der Verbandstag der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ) statt. Die Verbandsführung trieb die sogenannte "Öffnung" der Organisation voran, diese Reform soll die Mitarbeiterzahlen wieder anheben. Doch durch ihre eigene Politik verwandelte sich die Konferenz in das Gegenteil: eine Konferenz der Ausgrenzung, Säuberung und Spaltung!

Mit knapper Mehrheit, die durch geheime Fraktionsabsprachen abgesichert wurde, wurden die Beschlüsse, fünf marxistische Wiener Funktionäre auszuschließen, bestätigt. Trotzdem ist es weit verfehlt, von einem Triumph der Verbandsführung zu sprechen. Sie hat sich in weiten Kreisen der SJ-Aktivist*innen und der Linken diskreditiert. Die ausgeschlossenen Wiener Mitglieder überreichten mehr als 1000 (!) Unterschriften gegen die bürokratischen Maßnahmen, die politische Opposition aus der Sozialistischen Jugend auszuschließen, an die Verbandsführung. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurde die Diskussion eindeutig von der kritischen Basis dominiert. Kritik an den Ausschlüssen, am Rechtsschwenk, am Pro-EG-Kurs, ... kam aus allen Ecken des Saals. An diesem Verbandstag wurde die alte Grundsatzklärung der SJ aus dem Jahr 1976 abgeschafft. Denn es war unmöglich, den Marxist*innen aus Wien organisationsschädigendes Verhalten vorzuwerfen, wenn sie doch einige der wenigen sind, die zu den sozialistischen Grundsätzen stehen. Die neue Grundsatzklärung bricht daher auch mit allen Prinzipien der sozialistischen Jugendbewegung: Der Sozialismus steht nicht mehr auf der Tagesordnung; ein neuer, freier Mensch soll nicht mehr Ziel der Sozialistischen Jugend sein...

Auch in den neuen Statuten scheint der Marxismus nicht mehr als Grundlage der Tätigkeit der SJ auf. Ansprechpartner der SJ

ist nicht mehr die arbeitende und studierende Jugend, sondern nur noch einfach "alle Jugendlichen". Der Widerstand gegen den Rechtsruck war aber nicht zu übersehen: SJ-Oberösterreich und Niederösterreich, die aktive Gruppe AUFBRUCH aus Salzburg, Mitglieder aus dem Burgenland und die nicht stimmberechtigte Mehrheit der Wiener SJ-Aktivist*innen waren mit den Taten der Verbandsführung unzufrieden. Die SJÖ und die Landesverbände verfügen über ein Millionenbudget, aber dieses Geld wird nicht überwiegend für Gruppenarbeit verwendet. Der größte Teil der Millionen fließt in Großveranstaltungen und in den erstarrten Apparat der SJÖ. Das Ziel der verantwortlichen Funktionäre der SJ ist nur mehr die Medienwirksamkeit, aber die Mitgliederwerbung und -betreuung wird beiseite geschoben.

Die offizielle SJÖ ist in den letzten Jahren zunehmend unpolitisch geworden. Durch eine angepaßte und unkritische Politik, die sich vom Sozialismus losgesagt hat, haben diese SJ-Karrieristen die SJ von den fortschrittlichen Jugendlichen isoliert. Der Bekanntheitsgrad der SJ in Österreich ist drastisch gesunken. Jede politische Diskussion wird von der maßgeblichen Führung abgewürgt. Stünden am letzten Verbandstag noch 42 Anträge zur Diskussion, so waren es heuer ganze sechs! Die Kriterien für die Nominierung eines Antrages für den Verbandstag sind auch etwas seltsam. Auf der Landeskonferenz 1991 wurden nämlich viele Anträge aus den Wiener marxistischen Bezirken angenommen, so auch einer für eine marxistische SJ-Arbeit (bei VORWÄRTS zu bekommen, Anm. d. Red.). Die SJ-Wien brachte aber nur zwei Anträge ein, einer davon forderte eine Verwaltungsreform auf Kosten der vielen tausenden Beamten. Keine Spur von Forderungen im Interesse der hunderttausenden Arbeitnehmer und Jugendlichen. Ein Haufen kar-

rieregeiler Yuppies versucht, die sozialistische Jugendbewegung für ihre persönlichen Interessen zu mißbrauchen und hat damit die SJÖ an den Rand der Auflösung und Bedeutungslosigkeit gebracht. Doch die Sozialistische Jugend lebt noch von der Arbeit der überzeugten Sozialisten und Sozialist*innen, die keine Privilegien wollen und tagtäglich unentgeltlich für die Sache des Sozialismus unterwegs sind.

Abschließend kann man zweifellos sagen, daß auf diesem Verbandstag der Rechtsruck der SPÖ bei der SJÖ nachvollzogen wurde. Ähnlich wie bei der Partei, die durch ihre Anbiederung an die sogenannten neuen Mittelschichten die Kernschichten der Arbeiterschaft verliert, könnte es auch bald der SJ gehen. Weil sich die Jugend heute angeblich nicht mehr fest organisieren will und nicht von marxistischen Ideen überzeugt werden kann (was in unseren Wiener Bezirken widerlegt wurde) wirft man sozialistische Ideen über Bord und verliert so wertvolle, engagierte Jungsozialist*innen.

Mitglieder von einigen SJ-Bezirken in Wien und die ausgeschlossenen Sozialist*innen haben eine Kampagne ins Leben gerufen: die Kampagne für eine sozialistische SJ - JUGEND FÜR SOZIALISMUS! Die Unterstützer dieser Kampagne stehen zur Sozialistischen Jugend - wir wollen diese Organisation verändern! Bist Du auch an einer wirklich sozialistischen Politik interessiert - schließ Dich uns an!

David Mum
aus der SJ ausgeschlossen

Informationen über die Sozialistische Jugend und über die Kampagne JUGEND FÜR SOZIALISMUS erhält Ihr bei der VORWÄRTS-Redaktion - Schreibt uns!

Rote Aktion in Vorarlberg

Die Sozialistische Jugend-Gruppe "ROTE AKTION" in Feldkirch besteht nun seit April 1992 und hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch ein gutes politisches Programm Vorarlberger Jugendliche anzusprechen und zu organisieren.

Wir berufen uns auf die Grundsatzklärung der Sozialistische Jugend Österreich von 1976 (Diese wurde am Verbandstag der Sozialistischen Jugend im Juni 1992 mehrheitlich für nicht mehr gültig erklärt, eine neue gibt es jedoch noch nicht - Anm. d. Red.), in der es heißt: "Unser Ziel heißt Beseitigung des Kapitalismus, unser Ziel ist Sozialismus, ist ein neuer, ein freier Mensch!"

Am 13.6.92 konnten wir im Beisein des Landesvorsitzenden die Vor-

standswahlen durchführen. Des weiteren wurden die Vorhaben und Projekte, welche wir in Zukunft machen wollen, fixiert. Konkret versuchen wir, durch Themen, die Jugendliche direkt betreffen, wie Umwelt, Bundesheer, Faschismus und Schule, zum Diskutieren anzuregen. Hierzu bedarf es natürlich einer gewissen politischen Grundschulung, die wir auch durch ein monatliches offenes Referat erreichen wollen. Mit all diesen Aktivitäten wollen wir die SJ in Vorarlberg zu einer starken, selbstbewußten und schlagkräftigen Organisation machen, die sich



für die Interessen der Jugendlichen auch wirklich einsetzt und wieder zum linken Gewissen der Partei wird.

Für alle Jugendlichen, die sich für uns interessieren, stehen die Gruppenabende im Cafe Bildstein offen. Sie finden an jedem 2. und 4. Samstag im Monat statt.

Markus Kaufmann
SJ-Feldkirch/ Vorarlberg
Gruppe Rote Aktion

Salzburg: SJ-Aufbruch

Vor zwei Monaten gründeten wir in Salzburg die SJ-Gruppe "AUFBRUCH", die zugleich die einzige SJ-Gruppe landesweit ist.

Mit dem Ziel eine starke, offensive Salzburger Sozialistische Jugend aufzubauen, begannen wir unsere Aktivitäten. Neben den wöchentlichen Treffen und Diskussionen, der Vervielfältigung und Plakatierung von "SJ-Aufbruch" - Plakaten, erarbeitete eine Gruppe von Genossen ein Konzept für eine Umweltkampagne zum Thema "Müllvermeidung". Das Konzept sieht mehrere Anti-Müll-Infostände vor Salzburger Supermärkten vor. Dort wollen wir die Bevölkerung und speziell Jugendliche über die Verpackungsindustrie, falsche Müll"verwertungs"-strategien (wie z.B. Müllverbrennungsanlagen) sowie Mülltrennung im Haushalt informieren. Der erste dieser Infostände wird am 4. Juli 92 vor dem Interspar Taxham aufgebaut. Außerdem wollen wir im September ein verschmutztes Naturgebiet vom Müll reinigen: die Saalachau. Der gesammelte Müll soll dann demonstrativ vor der Landesumweltbehörde deponiert werden, um gegen den Müllwahnsinn zu demonstrieren.

Die gesamte Kampagne soll natürlich mit Plakaten, Infostellen

und anderem unterstützt werden. Das Ziel ist nicht nur Aufklärung. Für uns ist es besonders wichtig, nicht das Thema Müll allein zu behandeln, sondern aufzuzeigen, wer die wahren Verursacher sind. Nämlich die Produzenten, die X-schichtige Verpackungsmaterialien produzieren, und nicht die Konsumenten, die beim Kauf keine andere Wahl haben. Umweltschutz kann man nicht getrennt von anderen politischen Themen sehen.

Obwohl wir bei der Führung der SJ-Landesorganisation nicht sonderlich beliebt sind und daher auch kein Geld oder andere Unterstützung zur Verfügung gestellt bekommen, lassen wir uns nicht beirren. Die SJ-Führung will uns zwingen, das zu tun, was sie wollen. Ihr Konzept ist weg von der Gruppenarbeit und hin zur unpolitischen Projektarbeit. Denn für Projekte würden sie uns Geld geben, für Gruppenarbeit nicht! Aber wir lassen uns unsere Vorstellungen von sozialistischer Jugendarbeit nicht abkaufen! Wir werden auch ohne Geld zeigen, daß die SJ-Aufbruch eine starke, kämpferische SJ-Gruppe ist.

Gruppe SJ-Aufbruch/ Salzburg
(Gruppenbeschlüsse)

SJ 23

Am 19.3.92 wurde auch der SJ-Bezirk Liesing vom Wiener Ausschuß der SJ-Wien mehrheitlich aufgelöst. Doch seit Juni 92 ist der SJ-Bezirk "irgendwie" wieder geöffnet. Das SJ-Büro in Wien hat einen Bezirksbetreuer eingesetzt. Ein Bezirksbetreuer ist ein Funktionär, der alles bestimmen kann, er braucht sich um Demokratie nicht zu kümmern. Und was macht nun dieser Bezirksbetreuer im 23. Bezirk: Er möchte den Aktivist*innen verbieten, ihre SJ-Zeitung weiter zu veröffentlichen, die Zeitung VORWÄRTS zu verkaufen und er glaubt, daß er sich über alle demokratischen Regeln hinwegsetzen kann. Jedenfalls: Wir lassen uns unsere Ideen weder abkaufen noch verbieten! Wir werden uns weiter treffen und sozialistische Jugendarbeit machen. Wenn uns weiterhin alles von der Zentrale (SJ-Wien Führung) verboten wird, dann müssen wir sie wohl oder übel ignorieren! Kommt zu unseren Treffpunkten, unterstützt uns! Wir sind OFFENSIVER DENN JE!

Katja Arthofer SJ 23

24.10.92: Antifa-Demo in Brüssel

Anfang Juni dieses Jahres wurde - von der belgischen Antifa-Organisation "Blokbusters" ausgehend - eine europaweite Antifa-Kampagne "YOUTH AGAINST RACISM IN EUROPE" ins Leben gerufen.

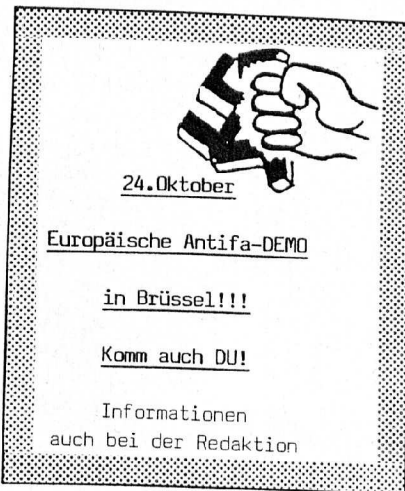
Gemeinsam mit Antifa-Organisationen aus Schweden, Belgien, Niederlande, Nordirland, Frankreich, Norwegen, England, Deutschland, Tschechoslowakei und Ungarn ist auch das Wiener Antifa-Komitee an diesem Zusammenschluß beteiligt. Mittels einer Pressekonferenz sollte diese Idee an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Gerade jetzt, da der Rechtsradikalismus in ganz Europa um sich greift, ist eine europaweite antifaschistische Bewegung notwendig geworden.

Das nächste große Ziel ist eine internationale Antifa-Demo am 24. Oktober 1992 in Brüssel.

Das Wiener Antifa-Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, mindestens 100 AntifaschistInnen zu dieser Großveranstaltung zu bringen. Der Transport wird organisiert, die Höhe der Reisekosten ist allerdings noch nicht geklärt. Interessierte können sich an das Antifa-Komitee c/o JUZ Grünwaldgasse 4 im 5. Bezirk wenden.

Julia Helmke
Mitglied des Sprecherrates



Antifa - Fest

Am Samstag den 13.6. fand im Esterhazypark das Ausländersolidaritätsfest des "Antifaschismus-Komitees der Schüler und Lehrlinge Wiens" statt. Unter dem Motto "Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazis" wurden Information, Livebands und Kebap angeboten. Gerade in einem bürgerlichen Bezirk mit hohem Ausländeranteil wie Mariahilf wollte das Antifa-Komitee zeigen, daß nicht nur Skinheads, Hooligans und Neonazis immer mehr Zulauf bekommen, sondern daß sich auch immer mehr Jugendliche gegen die Rechten

wehren und organisieren. Die Gründung des Antifaschismus-Komitees der Schüler und Lehrlinge Wiens war ein erster Schritt.

Die Wochen vorher wurde vorbereitet, organisiert, plakatiert, und Flugzetteln wurden verteilt. Der Tag des Festes: Nach und nach kamen die ersten Menschen und es wurden immer mehr. Auch die immer wieder kommenden Regengüsse, bei denen es uns fast wegschwemnte, konnten fast niemanden vertreiben. Über den Tag verteilt kamen an die 300 Besucher.

Alles in allem war das Ausländersolidi-Fest ein Erfolg, obwohl es keinen finanziellen Gewinn gebracht hat. Doch die Arbeit des Antifa-Komitees geht weiter: Aufbau von Schulgruppen, Berufsschulgruppen, Infotische, Infomaterial erstellen... Und das alles kostet Geld! Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung (sowohl tatkräftig als auch finanziell!), um das Antifa-Komitee der Schüler und Lehrlinge Wiens weiter auszubauen. Bitte überweist uns kleinere oder größere Geldbeträge auf unser PSK-Privatsparbuch 200,962.326!

**Spendenkonto
PSK 8812.733**



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- ÖS
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS
- ein VORWÄRTS-Förderabo zu ÖS ... beziehen
(ab 50,- ÖS)
- Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-)

Einsenden an:
Verein VORWÄRTS zur sozialistischen
Demokratie
Postfach 2, A-1082 Wien